

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 28 (1987)  
**Heft:** 11

**Rubrik:** Mitteilungen

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Der Buchtip

## Aggressive USA?

**Kurt R. Spillmann: «Aggressive USA? Amerikanische Sicherheitspolitik 1945 bis 1985», Klett-Cotta, Stuttgart 1985, gebunden, 245 Seiten, Fr. 31.30**

Dieses Buch verspricht nichts, was es nicht hält. Die Titelfrage «Aggressive USA?» zum Beispiel wird auch beantwortet. Eine Selbstverständlichkeit? Keineswegs. Zwar ist nirgends der Satz zu lesen: «Die USA sind nicht aggressiv.» Doch zwei Darlegungen wirken in dieser Hinsicht überzeugend: einerseits die ausführliche, vielseitig belegte Beschreibung der sich je nach Lage verändernden Sorgen der Amerikaner um ihre und ihrer Verbündeten Sicherheit – Sorgen, in denen eigene Offensivgedanken nicht vorkommen – und andererseits die Schilderung der in der Geschichte der USA verwurzelten Einstellung ihrer Bürger, die am Schluss des Buchs zusammengefasst in die Aussage mündet: «Die Unterwerfung und die direkte Beherrschung fremder Gebiete und Bevölke-

rungen sind auch heute noch mit dem republikanischen und freiheitlichen Grund-Credo der amerikanischen Bevölkerung unvereinbar.» (S. 219 ff.)

Bedürfte es noch zusätzlicher Argumente hierfür, so wäre hinzuzufügen, dass die USA

- ihre Streitkräfte kurz nach Ende des Zweiten Weltkriegs im Gegensatz zur Sowjetunion stark abgebaut haben und
- ihre anfängliche atomare Überlegenheit über die Sowjets weder zu politischen Erpressungsversuchen noch sonstwie in aggressiver Weise ausgenützt haben.

Das macht beziehungsweise unterlässt keine aggressiv eingestellte Regierung.

Besonders interessiert sind wir Westeuropäer im vorliegenden Zusammenhang an der Beantwortung von Fragen, die der Autor – ordentlicher Professor an der Eidgenössischen Technischen Hochschule in Zürich und als solcher Leiter der «Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse» sowie Vorsteher der dortigen Abteilung für Militärwissenschaften – zu Beginn des Buches stellt; hier einige davon:

- Wie wird die Rolle Europas heute in Washington gesehen?
- Welche Konsequenzen könnten sich aus der Veränderung sicherheitspolitischer Faktoren der USA für Westeuropa ergeben?
- Bleibt die transatlantische Verteidigungsgemeinschaft die verlässliche Basis westeuropäischer Sicherheit, oder verlässt Amerika Europa zugunsten einer globalen Grossmachtpolitik?

Zu diesen und ähnlichen Fragen sind zahlreiche ausführliche und belegte Hinweise gegeben, weniger häufig Kommentare; somit bleibt dem Leser genügend Spielraum, sich auch eigene Gedanken zu machen.

Auch den Gründen ist nachgegangen für die diesseits beziehungsweise jenseits des Atlantiks zeit- und teilweise unterschiedliche Beurteilung der Sicherheitslage des Westens. Der Urgrund für die Spannungen zwischen West und Ost, die Verweigerung durch die östliche Grossmacht des in mehreren internationalen Konventionen allen Völkern zugestandenen Selbstbestimmungsrechts, ist hingegen nicht Thema dieses Buches.

Nicht mit allen Einzelheiten, wie sie der Verfasser sieht, muss der Leser übereinstimmen: so zum Beispiel, wenn von «der gegenwärtigen nuklearen Parität» (S. 215) zwischen den USA

und der Sowjetunion die Rede ist; letztere hat, wie man weiss, bei den Mittel- und Kurzstreckenwaffen eine erdrückende Überlegenheit, die auch durch die grössere Anzahl mit Bomben transportierbarer atomarer Sprengköpfe auf Seiten der USA nicht aufgewogen wird.

Auch die mehrheitlich negative Beurteilung der Auswirkungen von «Star Wars» – diese Bezeichnung des der Strategischen Verteidigungsinitiative gewidmeten Kapitels lässt bereits gewisse Schlüsse zu – ist im heutigen Zeitpunkt wohl allein schon angesichts der panischen Angst der Sowjets vor diesem Projekt sowie des Umstands, dass diese bekanntermassen schon lange selber an ähnlichen Vorhaben arbeiten, nicht unbedingt gerechtfertigt.

Sollte ein Leser vor der Lektüre dieses Buchs dem pausenlos vorgebrachten Vorwurf der sowjetischen Führung an die Adresse der Amerikaner, dem des Imperialismus, vielleicht doch etwas abgewonnen haben, so nach beendeter Lektüre sicher nicht mehr: Was als Imperialismus erscheinen könnte, ist hier als Sicherstellung der Erfüllung letztlich globaler Verpflichtungen nachgewiesen. Und eine Macht, die seit 1940 Gebiete mit mehr als 25 Millionen Einwohnern annektiert und Länder mit einer Bevölkerung von nahezu 250 Millionen zu Satellitenstaaten gemacht hat (während der Westen in der gleichen Zeitspanne nahezu 1500 Millionen Menschen das Selbstbestimmungsrecht gewährt hat), dürfte kaum berechtigterweise mit dem Vorwurf des Imperialismus um sich werfen. Oder?

Ein wertvolles Nebenergebnis dieses ausgezeichnet geschriebenen Buchs ist für den unvoreingenommenen Leser, so er es nötig hatte, ein Abbau, wenn nicht ein Ablegen des heute modischen Antiamerikanismus; diesen abzulegen, bevor die amerikanischen Hilfeleistungen Westeuropa entzogen werden, dürfte sich empfehlen.

Harald de Courten

### Bestellcoupon

Ex. Spillmann: USA

Einsenden an Buchhandlung SOI Postfach 3000 Bern 6

Name: \_\_\_\_\_

Strasse: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

### SOI-Bilanz

12. Jahrgang Nr. 5  
Monatlich-Jahresabonnementsspreise  
Schweiz Fr. 130 Europa Fr. 140  
Überssee Luftpostzustellung Fr. 150

Nur für Abonnenten

Bern, Mitte Mai 1987

\*\*\* Moskau verwirrt den Westen mit verlockenden Abrüstungsvorschlägen. Und damit dürfte der sowjetische Parteichef Michail Gorbatschow ein Ziel schon erreicht haben: In den Demokratien ist die Diskussion erneut entfacht wie früher, als es um die Nachrüstung der Atlantischen Allianz im Bereich der nuklearen Mittelstrecken-Waffen ging. Geradezu abgefuehrt hat Gorbatschow seinen jüngsten Abrüstungsvorschlag einer sogenannten doppelten Null-Lösung für Europa. Die vollständige Abschaffung aller Nuklear-Waffen mittlerer und kürzerer Reichweite. Das hört sich gut fürs Gemut an, nicht aber für die Nato-Militärs. Für sie bedeutet Null noch kein Gleichgewicht:

- Laut Nato-Generalsekretär Lord Carrington wäre eine solche "Lösung" für das weltliche Bündnis "absolut tödlich". Die Nato verfüge dann in der Tat über null, der Warschauer Pakt hingegen noch über 270 Nuklear-Raketen mit einer Reichweite unter 500 Kilometer. Damit wäre, so Militärschätzungen, der letzte dünne Faden zwischen konventioneller und nuklearer Abschreckung zerrissen. Europa wäre militärisch und politisch den Sowjets ausgeliefert.
- Gorbatschow verlangt eines Besonderen ab, weil er es bisher fast genial verstanden hat, mit seinem Vorgehen in Abrüstungsfragen den Westen in die Defensive zu drängen. Seine Lage ist komfortabel: Entweder behält er eine deutliche Überlegenheit bei den nuklearen, konventionellen Waffen in Europa oder gewinnt via nukleare Abrüstung in Europa die konventionelle Alltagshegemonie. Für die militärische Sicherheit ist die Frage relevant, wie glaubwürdig die Abschreckung ist. Der Sinn der nuklearen Waffen beruht darin, vor einem Angriff abzuschrecken. Kriegsverhütung durch Abschreckung.
- Wenn morgen der Abend der nuklearen Abschreckung in Europa anbräche, so stellte sich für die Westeuropäer die Frage, wie lange danach, und überhaupt noch, die Amerikaner ihren nuklearen Schutzschirm über Westeuropa halten werden. So oder so, harte Abrüstungsverhandlungen stehen in den nächsten Wochen, Monaten bevor. Aber die Erfolgchancen sind nicht gering. Aus innen- und wirtschaftspolitischen Gründen neigt sich Gorbatschow einem Abrüstungserfolg herbei (Bilanz 12/4) ... und der amerikanische Präsident Ronald Reagan, ebenfalls unter dem Druck innenpolitischer Zwänge, möchte in die Geschichte als Friedenspräsident eingehen. ... Querschläger aus London?
- Für noch mehr Diskussions-Verwirrung sorgte jetzt die Regierung von Margaret Thatcher: Grossbritannien, wie sie verlauten liess, beürsche die doppelte Null-Lösung. Kein Rückenschuss der "Eisernen Lady", sondern nur Kapitulation im Hinblick auf den Urnengang vom 11. Juni. Die oppositionelle Labour Party fordert ein Ende der eigenständigen britischen Nuklear-Nacht, Abzug aller amerikanischen Nuklear-Waffen aus Britannien. In Wahrheit, insoweit erwägen Briten und Franzosen, gemeinsam eine Mittelstrecken-Waffe zu entwickeln. Der Nuklear-Sprengkopf wäre Made in U.K. (United Kingdom), die Antriebseinheit Produkt en France. Die Mittelstrecken-Waffe soll die befürchtete Lücke -- nach einer "Null-Lösung" -- in der westeuropäischen Verteidigung schliessen. ... Derweil verbreitet die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) über Radio Moskau (29. April) die Mär, die USA hätten auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland 300 Neutronen-Sprengköpfe deponiert. ... Hinter der entfachten Abrüstungsdiskussion verbergen sich auch Ideologien.
- • • Deutschen Bundesbürgern bereitete zu rasche Abrüstung doch Sorgen. Genau 71 Prozent, wie Umfragen zu Monatsbeginn ergaben, befürchten, es könnte zu rasch über ihre Köpfe und jene der Europäer hinweggeschritten werden. 75 Prozent befürworten eine Abrüstung. Nachdenklich stimmte das Argument der konventionellen Überlegenheit des S. ...

SOI Schweizerisches Ost Institut CH 3000 Bern F

Zeigt in konzentrierter Form zuverlässig ... und sachlich Trends der internationalen Entwicklung. Telefon genügt: 031 43 12 12

## Brief und Antwort

### Rumänen und Ungarn

In den Nummern 6 und 7/1987 hatten wir einen Bericht von Prof. Laszlo Revesz über den aktuellen (Siebenbürgen-)Konflikt zwischen Rumänien und Ungarn veröffentlicht. Weil das Interesse vorrangig der akuten Auseinandersetzung zwischen den beiden Staaten galt, wurde die «Ausgangslage» von 1918 nur kurz gestreift. Das hat zu Missverständnissen geführt. Wir bringen zur (vorkommunistischen) Geschichtsthematik die Zuschrift eines Einsenders rumänischer Abstammung und die Antwort des Autors, dessen Präzisierungen sicherlich willkommen sein werden. Weder dem Autor noch der ZeitBild-Redaktion liegt es daran, im Konflikt zwischen Rumänen und Ungarn per se Partei zu ergreifen. Wenn wir Ceausescus Unterdrückungspolitik darstellen müssen, sind wir uns der Tatsache bewusst, dass sie keineswegs dem Willen der rumänischen Bevölkerungsmehrheit entspricht, welche ungefragt seine Diktatur erleiden muss. Damit zu den beiden Texten.

#### Sehr geehrte Redaktion

Ich war beim Lesen der Serie über Siebenbürgen ziemlich erstaunt, und zwar in erster Linie nicht deshalb, weil mir die Meinungen des Autors unbegreiflich erschienen wären. Viel mehr hatte ich das Gefühl, dass er die unmögliche Argumentation der Hofschreiber Ceausescus zu ernst nimmt, so ernst in der Tat, dass er sich dazu verleiten lässt, fast im gleichen Stil zurückzuschlagen. Und dann entsteht die Gefahr, dass man in vermeintlicher Widerlegung der Propaganda eines arroganten Parteichefs die rumänische Geschichte unterschlägt und das rumänische Volk beleidigt.

Die Rumänen leiden in Siebenbürgen unter dem gleichen Joch wie die Ungarn, und sie verdienen keinen Schimpf. Wenn sie frei wären, würden sie sich als erste für eine gerechte Lösung des Ungarnproblems in Siebenbürgen einsetzen. Tatsächlich gibt es Hinweise darauf,

zum Beispiel das «Manifest der Rumänischen Demokratischen Aktion» von 1985.

Es ist nicht zuletzt den Berichten ungarischer Historiker und Journalisten über ihre Landsleute in Siebenbürgen zu verdanken, dass die wahren Zustände in Rumänien bekannt geworden sind. Der wirtschaftliche Ruin und die Unterdrückung der Gesamtbevölkerung sind dabei die noch grösseren Übel als die Tatsache, dass man die kulturellen Rechte der ungarischen Minderheit verletzt.

Es trifft zu, dass die oberste Führung in Bukarest die Geschichte masslos verzerrt und die ungarische Minderheit diskriminiert. Aber ist das ein Grund zur Simplifizierung der Geschichte in der Gegenrichtung oder zur Unterstellung, dass die Regimepolitik von der rumänischen Bevölkerung mitgetragen werde? Man kann einer benachteiligten Minderheit nicht mit einer undifferenzierten Polemik gegen die Mehrheit helfen, die unter den bestehenden Verhältnissen ebenfalls zu leiden hat.



Für mich ist es schwer verständlich, dass Prof. Revesz, ein demokratisch denkender Rechtswissenschaftler, den demokratischen Volkentscheid übersieht, auf dessen Grundlage die heutigen Grenzen Rumäniens bestimmt worden sind. Es geht um das Referendum von Blaj 1918, als erst die Rumänen und dann auch die Sachsen und Schwaben ihren Wunsch nach dem Anschluss Siebenbürgens an Rumänien kundtaten. Diese Volksbefragung scheint dem Autor unerheblich zu sein, erwähnt er doch als einzigen Grund für den Anschluss das Motiv, dass Ungarn nach dem Ersten Weltkrieg als Verlierer behandelt wurde.

Im weiteren entsteht in Ihrer Serie das Bild eines expansionistischen rumänischen Volkes, das sich, besessen von einer Irrlehre dakorumänischer Kontinuität, nach Siebenbürgen auch noch Bessarabien und die Bukowina einverleiben will. Nun ist die tatsächliche Kontinuität nicht dadurch zu widerlegen, dass man ihre pathetische Glorifizierung durch die Ceausescu-Apologeten verspottet, aber diese Frage ist im 20. Jahrhundert ohnehin irrelevant. Was hingegen zählt, ist die Tatsache, dass die Bevölkerung in den erwähnten Gebieten überwiegend rumänisch ist, in dieser unserer Zeit. Das kommt in Ihren Beiträgen ebensowenig zur Behandlung wie die Frage der Bevölkerungsschichtung im Gebiet von 232 000 km<sup>2</sup>, das Ungarn zum Bedauern Ihres Autors nach dem Ersten Weltkrieg verlor. Die minderheitlichen Magyaren amtierten dort vorwiegend als Verwalter und waren gesellschaftlich dominierend. Der zu Lasten der Rumänen gezogene Vergleich mit Südafrika ist also völlig deplatziert. P. M.

#### Sehr geehrter Herr M.

Gestatten Sie mir, dass ich mich als Autor zu den Fragen äussere, die Sie in Ihrer Zuschrift an die Redaktion aufwerfen.

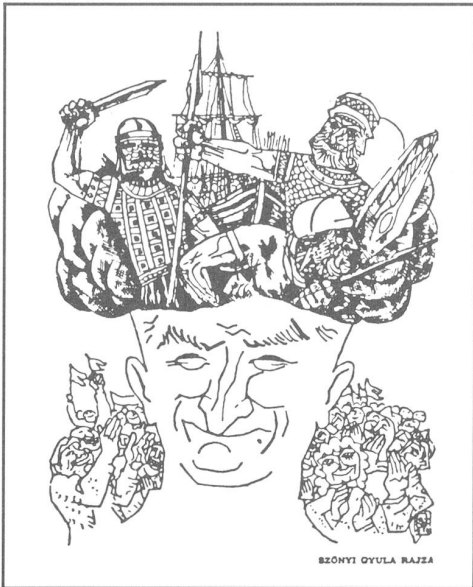
Das Jahr 1918 kam angesichts der direkt gegenwartsbezogenen Bedürfnisse der Publikation in meiner Darstellung tatsächlich zu kurz, obwohl ich ein ausgesprochenes Interesse an dieser schicksalsträchtigen Zeit habe, welche die seitherige Geschichte Osteuropas bis zur Gegenwart mitprägt.

STEIGER  
DRUCK AG  
BERN



Moserstrasse 31  
3014 Bern  
Telefon 031 41 27 75

... Steiger druckt's



Zur Erinnerung aus Nr. 7/1987: Ungarische Karikatur auf die rumänische Dakertheorie. Aber die Daker können nichts dafür, dass Ceausescu sie völkisch verherrlicht.

Was den sogenannten Volksentscheid von 1918 in Siebenbürgen angeht, sind zwei Dinge festzuhalten. Erstens gab es gar kein direktes Referendum im Sinne unseres Sprachgebrauchs, sondern nur eine mittelbare Befragung separater Volksgruppen, deren jeweilige Gremien dann Beschlüsse zur Sache fassten. Und zweitens wurde die ursprüngliche Fragestellung ohne jede Rückfrage an die Einwohner oder Volksgruppen nachträglich verändert. Man wählte eine zentralistische Lösung, nachdem zuvor nur eine föderalistische Lösung für den Anschlussfall zur Debatte gestanden war.

Die «Volksabstimmung» zur Siebenbürgenfrage bestand aus einer Kette von Wahlveranstaltungen ohne geheime Stimmabgabe.

Am 15. 11. 1918 veröffentlichte der Zentrale Rumänische Nationalrat (das Wort Nation wird hier immer im Sinn der ethnischen Gruppe verstanden) seine Direktiven für die Wahl einer siebenbürgisch-rumänischen Nationalversammlung (also der rumänischen Volksgruppe allein). Die Delegierten wurden an verschiedenen Versammlungen im «Landsgemeindestil» durch Handaufhebung gewählt. Am 1. 12. 1918 schon wurde die «rumänische Nationalversammlung» eröffnet, und zwar als «eine Art Kongress der Rumänischen Nationalpartei in Siebenbürgen und Ungarn» (Miron Constantinescu und Stefan Pascu: «Unification of the Romanian national state. The Union of Transsylvania with Old Romania.» Bukarest 1971, S. 256)!

Die Nationalversammlung (laut rumänischen Quellen faktisch ein Gremium der rumänischen Nationalisten) beschloss dann in Vertretung «aller Wahlkreise Siebenbürgens» die Vereinigung Siebenbürgens mit Rumänien.

Von einem definitiven Autonomiestatus für Siebenbürgen war am Kongress nur noch min-

derheitlich die Rede. Immerhin verkündete Artikel II des Vereinigungsbeschlusses eine provisorische beschränkte Autonomie.

Der separat gewählte Ungarische Nationalrat lehnte die Vereinigung entschieden ab, im Unterschied freilich zu den andern Minderheiten der Sachsen und Schwaben, die den Autonomieversprechungen glaubten. In diesem Zusammenhang schreibt der Südosteuropahistoriker Hans Hartl: «Im ersten Überschwang der Vereinigungsfreude verkündeten die in der Krönungsstadt Karlsburg (Alba Julia) versammelten Vertreter des Rumänentums am 1. Dezember 1918 ein wahres Paradies an Freiheit und Autonomie. Diese Karlsburger Beschlüsse waren für die Siebenbürger mit ein Hauptgrund, den Anschluss an Rumänien freiwillig vorzuziehen. Aber die Sachsen wurden dann ebenso enttäuscht wie alle übrigen Minderheiten. (. . .) Die rumänische Verfassung von 1923 enthielt nichts mehr vom Geist und von den Thesen der Karlsburger Beschlüsse.»

Völlig einig gehe ich, sehr geehrter Herr M., mit Ihrer Feststellung, man dürfe in Rumänien Volk und Regime einander nicht gleichstellen. Die Unterdrückung der ungarischen Minderheit ist das Werk der Bukarester Führung und nicht des rumänischen Volkes. Und hier möchte ich mich auch ausdrücklich Ihrer Feststellung anschließen, dass sich viele rumänische Intellektuelle mit grossem Mut für die ungarische Minderheit einsetzen. Das wird von allen einsichtigen Ungarn auch mit grosser Dankbarkeit anerkannt (siehe Elemer Illyes: «Änderungen in Siebenbürgen. Mythos und Wirklichkeit.» Ungarisch. München 1975, S. 20).

Im Herbst 1956, zur Zeit des ungarischen Aufstandes, hielten rumänische und ungarische Studenten in Klausenburg (Cluj) eine gemein-

same Versammlung ab und verabschiedeten auch einen gemeinsamen Beschluss zur moralischen Unterstützung des Aufstandes.

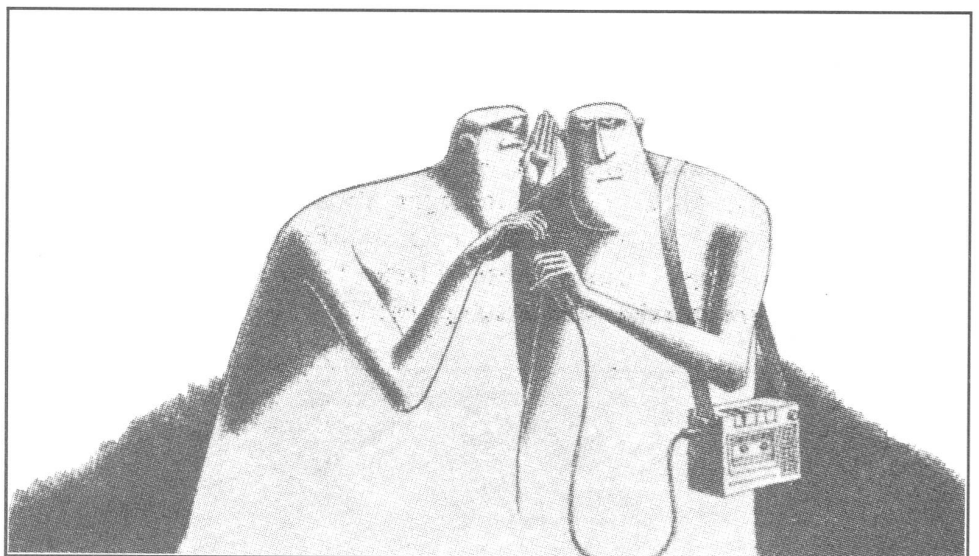
Aber nun doch noch ein Wort zum heutigen zwischenstaatlichen Konflikt zwischen Rumänien und Ungarn. Die Wahrheit gebietet es zu sagen, dass er einseitig auf die verschärfte Minderheitenunterdrückung durch das Bukarester Regime zurückzuführen ist, und die Budapester Führung (die mit dem ungarischen Volk auch nicht identisch ist) hat darauf bloss reagiert.

Bevor die Bukarester Staatsführung ungarfeindlich wurde, war das Verhältnis zwischen den beiden Staaten durchaus gut. Im März 1945 wurde der nichtkommunistische Petru Groza rumänischer Ministerpräsident und verteilte in der Folge die Blutbäder, für welche die nationalistischen Maniu-Gardisten verantwortlich gewesen waren. Man ernannte einen ungarischen Minister für Nationalitätenfragen und setzte im Unterrichtsministerium einen Staatssekretär für die Minderheitenschulen ein. Man liess eine ungarische Universität und zwei ungarische Hochschulen zu. 1948 war die ungarische Minderheit im Parlament mit 39 Abgeordneten vertreten, und 1952 bildete man das Ungarische autonome Gebiet auf rumänischem Territorium.

All das wurde seit den sechziger Jahren praktisch rückgängig gemacht, und heute bilden die Ungarn in Rumänien eine rechtlose Minderheit. Wie in andern Diktaturen herrscht in Rumänien heute ein System der doppelten Unterdrückung: unterdrückt werden die Einwohner insgesamt und die Minderheiten noch zusätzlich.

Schwelende Minderheitenfragen gehören heute zum osteuropäischen Erbe insgesamt, und sie werden von den Osteuropäern gemeinsam gelöst werden müssen.

Laszlo Revesz



Vertrauliches Gespräch. «Rumänien heute», Bukarest, Nr. 3/1987